



Abwandlung des ikonischen Fotos „Hissen der Flagge auf Iwojima“, das 1945 im Krieg zwischen den USA und Japan entstand. Bloß: Wer wäre bereit, in einem Krieg die Fahne für Österreich zu hissen?

Foto: Imago Images / United Archives Inter.; Collage: STANDARD

Die Republik lädt zum Fest: Am Nationalfeiertag öffnen erneut Ministerien und das Parlament ihre Tore, man hisst die rot-weiß-rote Fahne, legt Kränze nieder.

Das Herzstück der Feierlichkeiten ist am 26. Oktober eindeutig die Leistungsschau des Bundesheeres. Tausende Familien strömen dafür Jahr für Jahr auf den Wiener Heldenplatz, Kinder klettern auf Panzer, der ORF überträgt den Event in einer Sondersendung.

Dieses Bild stört einzig: Verteidigen wollen das an diesem Tag bejubelte Land nur wenige. Dafür Waffen in die Hand nehmen noch weniger. Die Wehrbereitschaft ist in Österreich gering – auch im internationalen Vergleich zählt sie zu den niedrigsten.

Zu diesem Schluss kommen zwei Studien: zunächst einmal das Austrian Foreign Policy Panel Project (kurz AFP3) an der Universität Innsbruck.

Dafür haben die Politologen Franz Eder und Martin Senn über zwei Jahre hinweg die Einstellung von über 3000 Österreicherinnen und Österreichern zur Außen- und Sicherheitspolitik abgefragt. Knapp 14 Prozent der Befragten würden demnach ihr Land im Fall eines bewaffneten Angriffs durch den Dienst an der Waffe beschützen. Das ist das Ergebnis mit Stand Sommer 2024, im Jahr zuvor waren es etwas über 15 Prozent.

Generell zeigt sich folgende Tendenz: Die Bevölkerung ist eher bereit, nichtmilitärische Beiträge zur Landesverteidigung zu leisten – im Rahmen des Zivilschutzes beispielsweise, in Schutzräumen zu helfen oder bei der Versorgung von Soldaten. Geht es hingegen um militärische Beiträge, nimmt die Bereitschaft ab, und zwar auch jene zur indirekten militärischen Hilfe wie etwa bei der Herstellung kriegswichtiger Güter.

### Mangelnde Solidarität

Das Widersprüchliche an den Resultaten: 47 Prozent gaben an, dass sich Österreich im Fall eines Angriffs durchaus militärisch verteidigen soll. Nur 14 Prozent stimmen außerdem zu, dass Österreich im Fall eines Angriffs auf einen anderen EU-Mitgliedsstaat diesem mit bewaffneten Truppen beistehen soll. Auf der anderen Seite meinten 85 Prozent, sie erwarten, dass andere EU-Staaten Österreich militärisch verteidigen.

Auch eine Anfang Oktober publizierte Umfrage von Unique Research im Auftrag des Magazins *Pragmaticus* hat 800 Menschen Fragen zum Thema Verteidigung gestellt. Das Ergebnis: 28 Prozent können sich schon oder eher vorstellen, im Ernstfall zur Verteidigung zu schreiben. Warum zeigen sich so wenige Menschen bereit dazu, ihr Land, ihre Liebsten, ihre Eltern und Kinder, das eigene Leben, Hab und Gut und die Werte, die hier gelebt werden, vor jenen abzusichern, die all das bedrohen?

An der mangelnden Liebe zum Vaterland liegt es jedenfalls nicht. Zumindest sind „Heimat“ und „Österreich“ Begriffe, die von der Bevölkerung überaus positiv bewertet werden, wie eine neue Studie des Meinungsforschungsinstituts Peter Hajek Public Opinion Strategies zeigt. Befragt wurden dafür 1000 Personen aus der österreichischen Wohnbevölkerung. 77 Prozent haben demnach eine positive Grundhaltung zu Österreich. „Stolz“, Österreicherin oder Österreicher zu sein, bejahten 81 Prozent der Befragten.

Wodurch erklärt sich die Zurückhaltung in der Frage, ob man auch bereit ist, für dieses Land zu kämpfen? Martin Senn, wissenschaftlicher Leiter des AFP3-Projekts, sagt, dass die heimische Bevölkerung „über lange Zeit mit

keinen Fragen der Sicherheitspolitik und Solidarität konfrontiert wurde“. Nicht nur in Österreich, in ganz Europa habe man seit Ende des Ost-West-Konflikts angenommen, dass militärische Kriege der Vergangenheit angehören.

### Sicherheitspolitische Entrückung

Speziell in Österreich komme hinzu: Als neutraler Staat sei es zu einer „sicherheitspolitischen Entrückung“ gekommen: „Österreich hat sich als Insel wahrgenommen, umgeben von Nato- und EU-Staaten und damit weit entfernt von sicherheitspolitischen Problemen.“

Die Verpflichtung zur militärischen Landesverteidigung sei die gesamte Zweite Republik hindurch „immer stiefmütterlich behandelt“ worden, mehr noch, fügt Senn an: Der Wehrdienst wurde über die Jahre verkürzt, die verpflichtenden Milizübungen abgeschafft. Das sehe er „als zentrales Problem“,

denn die Zeit beim Bundesheer sei der wichtigste Bezugspunkt zum Militärischen.

Noch-und-vielleicht-wieder-Kanzler Karl Nehammer ist selbst Milizsoldat. Der ÖVP-Politiker hat ein Comeback der verpflichtenden Übungen wie auch die Verlängerung des Grundwehrdienstes bisher abgelehnt. Zugleich benützt er den Begriff „Wehrhaftigkeit“ oft. Wenn es um Demokratie geht, um Gedenken, um Terrorabwehr: Stets betont Nehammer ihre Wichtigkeit. Jeder und jede müsse in seinem oder ihrem Inneren Wehrhaftigkeit entdecken, sagt Nehammer oft, wenn er Visionen für Österreichs Zukunft skizziert. Nur wie?

Senn sagt, man müsse in der politischen Bildung und in der Kommunikation über Sicherheitspolitik ansetzen: allen voran durch Diskussionen an Schulen und Universitäten. Notwendig sei auch ein besseres Verständnis davon, wie Außenpolitik funktioniere. Das

Praktizieren der Solidarität müsse ebenso mitgedacht werden: Senn schwebt ein verpflichtender, neun- bis zwölfmonatiger Dienst aller österreichischen Staatsbürgerinnen und -bürger vor, der in einen Dienst im Militär, im Zivil- und Katastrophenschutz und im sozialen Bereich gegliedert sein könnte.

Ähnlich sieht es auch Militär-Expertin Franz-Stefan Gady. Er berät Regierungen und Streitkräfte in Europa und den USA. Der Analyst ist viel in der Ukraine unterwegs, auch dieser Tage, zuvor war er in Afghanistan und im Irak. Gerade ist sein Buch mit dem Titel *Die Rückkehr des Krieges* erschienen. Wobei Rückkehr des Krieges, erklärt Gady, nicht zwingend physisch gemeint sei, sondern zunächst einmal mental.

Er geht davon aus, dass kriegsgerichtete Auseinandersetzungen im 21. Jahrhundert zunehmen werden. Es sei deshalb „existenziell“, argumentiert er, dass man sich wieder mit Krieg befasse, und zwar in Politik und Gesellschaft gleichermaßen. Dazu gehöre auch eine realistische Einschätzung, wie Kriege begonnen, beendet und verhindert werden.

Gady sieht „ein langsames Umdenken“ in Österreich, dass „militärische Sicherheit wieder Priorität haben muss“. Das zeige sich an-

hand der aufgestockten finanziellen Mittel für das Bundesheer und spiegle sich auch im gestiegenen Interesse an militärischer Sicherheit und Landesverteidigung vonseiten der Politik wider. Aber: „Wir denken noch sehr in konventionellen Kategorien.“

Mit der Einschätzung, Österreich sei aufgrund seiner geografischen Lage privilegiert, kann Gady wenig anfangen: Im 21. Jahrhundert müsse man nicht an ein Land angrenzen, damit von diesem eine Gefahr ausgehen könne. Die momentane Bedrohungslage gehe nicht nur von staatlichen Gegnern aus, die mit Panzern einmarschieren könnten. Es gebe ein ganzes „Spektrum an Bedrohungen“. Dazu zählen hybride Kriegsführung, also Cyberangriffe, das Einsickern von Söldnertruppenartigen Verbänden, auch Desinformationskampagnen, Wahlmanipulation und Industriespionage.

### Fehlende Urgenz

Autokratien wie Russland hätten ein starkes Interesse, unser demokratisches System zu unterminieren. In den USA seien weder die Bereitschaft noch die Kapazitäten von früher vorhanden, um Europa verteidigungstechnisch zur Seite zu stehen. Für diese „neue Realität“ fehlt es, so Gady, „an Urgenz“.

Aus militärischer Sicht stellen dem Militär-Experten zufolge die fehlenden Kapazitäten das größte Problem dar. Damit sei Österreich nicht allein, dieses Manko an Munition und Soldaten – speziell der Reserve – gebe es in ganz Europa, selbst bei besser finanzierten Streitkräften wie den polnischen und deutschen.

Wehrhaftigkeit beschränke sich aber nicht nur auf die militärische Stärke, sie betreffe auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ebene: „Wenn der Wille nicht da ist, hilft auch die tollste militärische Technologie nicht viel.“ Das habe man in Afghanistan 2021 beobachtet, als der Widerstand der Armee gegen die Taliban binnen kurzer Zeit kollabierte.

Walter Feichtinger, ehemaliger Brigadier sowie einstiger Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie in Wien, hat seine Zweifel, was die Umfragen angeht: Er spricht von „Momentaufnahmen“. Sein Eindruck sei, dass Grundwehrdienstler „sehr wohl wüssten, worum es geht“. Feichtinger ist daher überzeugt, dass „wenn es darauf ankommt, der Großteil der Österreicher sehr wohl bereit wäre, für das Land einzutreten“.

# Wer soll dieses Land verteidigen?

Am 26. Oktober feiert Österreich seine Neutralität, sein Heer und sich selbst. Mit Waffengewalt verteidigen wollen das am Nationalfeiertag bejubelte Land laut Umfragen im Ernstfall aber nur wenige. Warum ist die Wehrbereitschaft so gering? Und was macht sie aus?

Anna Giulia Fink